

Sie sind hier: [Startseite](#) » [Einwohner sollen eigene...](#)[Login](#) | [Registrieren](#)[Bürgerbündnis "Nienhagen Rechtsrockfrei" startet im Ort eine anonyme Bürgerbefragung](#)

Einwohner sollen eigene Meinung äußern

19.10.2012 02:17 Uhr

Von Gerald Egger



Viele Nienhagener wollen den "Rechtsrock" im Dorf unterbinden. Die Mehrheit der Einwohner ist gefordert, damit der Gastgeber wie versprochen sein Areal nicht mehr an die Neonazis vermietet.

Anzeige

Nienhagen I Torsten Hanel vom Verein "Miteinander" gewährte im Dorfgemeinschaftshaus auf Einladung des Bürgerbündnisses "Nienhagen Rechtsrockfrei" rund drei Dutzend Besuchern, davon einem Drittel aus dem Dorf, Einblicke in die rechte Jugendkultur und Musikszene. "Über die Musik wollen die Rechten die jungen Leute für ihre Ideen ködern", sagte er.

Er sprach von einer "Einstiegsdroge" und verwies auf Schulhof-CDs, Versandhandel sowie legale und illegale Konzerte, in denen Parolen gegrölt sowie Hass und Gewalt gepredigt werden.

Nach Schätzungen des Verfassungsschutzes sollen 2011 in Deutschland rund 200 rechte Bands und Liedermacher existiert haben. Nienhagen wurde ab 2007 Treffpunkt von Neonazis. Von den 14 rechten Konzerten in diesem Jahr in Sachsen-Anhalt bis Ende August gab es allein vier in der Vorharzgemeinde. Zwei weitere folgten noch im September und Oktober, wobei eines von der Polizei aufgelöst wurde.

"Mit einem Konzert begann es, inzwischen sind es sechs in einem Jahr", merkte Hans Christian Anders an, "wer weiß, was sich da noch entwickelt." Deshalb will die Bürgerinitiative "Nienhagen Rechtsrockfrei" Gleichgesinnte um sich scharen und gemeinsam gegen Open-Air-Konzerte mit Bands aus dem Neonazi-Umfeld auf dem Gelände der "Alten Hopfendarre" vorgehen. Noch in dieser Woche startet eine Bürgerbefragung. Jeder wahlberechtigte Nienhagener bekommt Briefwahlunterlagen, mit denen er anonym mit einem Kreuz auf dem Stimmzettel Position zu Rechtsrockkonzerten beziehen kann. Der Rückumschlag ist bis 9. November an die Verbandsgemeinde zu schicken.

Die Aktion sei eine Reaktion auf eine öffentliche Anmerkung des Hopfendarre-Besitzers im Fernsehen, dass er den Veranstaltungsort nicht mehr für solche Konzerte vermieten wird, wenn die Mehrzahl der Nienhagener dagegen ist.

Aufklärung sei notwendig, stellte Ute Pesselt klar, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Vorharz. Dies reiche jedoch nicht aus. Auch die Bürger sind gefragt und müssen sich deutlich positionieren: "Das wollen wir hier nicht."

Die Verbandsgemeinde unterstütze das Anliegen, in dem nach Aussage von Leiter Knut Buschhüter das Ordnungsamt bei der Anmeldung eines solchen Konzerts seine rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft.

Zum nächsten Treffen der Bürgerinitiative wird am Dienstag, dem 23. Oktober, um 18.30 Uhr in die Gemeindeverwaltung eingeladen.

Dokumentinfo

0 Kommentare

Benutzername *:

Passwort *: